

OSTNACHRICHTEN

Unabhängig, überparteilich und gemäß dem oben angeführten Wahlpruch berichtet diese Zeitschrift über alle pluralistisch-demokratischen Oppositionsbewegungen in Ost-Mitteleuropa

5. Jahrgang Nr. 8 (46)

15. 12. 1986

Impressum:
Herausgeber, Eigentümer und Verleger
Aigis Klimaitis, A-1130 Wien,
Redaktion:
1070 Wien, Andreasgasse 9

KSZE - Ein verkanntes Betätigungsfeld?

von Vladimir Pilman

Durch die Ablehnung der US-Delegation, das von den Neutralen und Nicht-Paktgebundenen (N+N-Gruppe) ausgearbeitete Schlusspapier zu unterzeichnen, erschien zum Schluss die KSZE-Expertenkonferenz trotz Tschernobyl doch noch in den Schlagzeilen der Weltpresse.

Der tiefer werdene Graben zwischen den USA und den Westeuropäern war nach den Worten des Delegationsmitglieds und Diplomaten des Schweizer Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA), Heidi Tagliavini, "auch während der ganzen Konferenz in Bern" zu spüren. Das Zeichen, welches die Amerikaner setzen wollten, dass sie nämlich nicht mehr um selbstverständliche Freiheiten zu feilschen bereit sind, wurde in Europa nicht verstanden.

Vorwerfen kann man den USA, dass sie ihre Ablehnung des Schlusspapiers früher hätten signalisieren sollen. Aus Diplomatentreisen heisst es dazu, dies sei vor allem der Unerfahrenheit des Leiters der US-Delegation, Michael Nowak, zu verdanken. Man vermutet, dass Washington, das kurz vor einer Unterzeichnung des Schlussdokumentes praktisch direkt

intervenieren musste, Nowak in die Wüste schicken werde.

Sinnloses Unterfangen ?

Die Kritik am KSZE-Prozess verstummt seit einiger Zeit nicht mehr, und wenn der Schweizer Delegationsleiter in einem Zeitungsinterview seiner Enttäuschung Ausdruck verleiht, und von "notwendigen Alternativen für den KSZE-Prozess" spricht, so ist dies bemerkenswert.

Zu interpretieren ist diese Aussage als eine Unmutsäusserung beginnender Enttäuschung.

Übereinstimmend versichern KSZE-Diplomaten die Wichtigkeit des "Prozesses", der in Helsinki begonnen wurde. Der Frage, ob KSZE im Endeffekt nicht ein Ausdruck der westlichen Hilflosigkeit gegenüber dem sowjetischen Totalitarismus sei, weicht man mehr oder weniger geschickt aus.

Immer wieder wird der Weg der "kleinen Schritte" beschworen, welcher "viel Geduld" erfordere, wie dies der Experte der Schweizer KSZE-Delegation während der Berner KSZE-Expertengespräche und Leiter des Institutes "Glaube in der zweiten Welt", Pfarrer Eugen Voss, erklärte.

Wohin diese Geduld und "Weg der kleinen Schritte" führen soll, bezeichneten der britische Delegationsleiter Sir Geoffrey Williams, wie auch Experte Voss: Die Regimes in Osteuropa sollen aufgeweicht werden.

In einem Interview der katholischen Presseagentur KIPA nahm der vatikanische Nuntius und Leiter der KSZE-Delegation des Heiligen Stuhls Rovida zu der harschen Kritik von Christian Solidarity International (CSI) während der Berner Verhandlung, Stellung. Rovida stellt zwar die Feststellung von CSI, dass bezüglich der Religion

"keine einzige Vereinbarung der Schlussakte von Helsinki von der Sowjetunion eingehalten" worden sei in Abrede, stellt zugleich jedoch fest, dass im Bereich der Religionsfreiheit "fast nichts geschehen sei". Das ganze Interview erweckt den Eindruck, dass Rovida das denkt, was CSI-frei von diplomatischen Rücksichtnahmen formuliert hat.

Denn gerade auf dem Gebiet der Glaubens- und Gewissensfreiheit hat sich die Lage nicht nur nicht gebessert, sondern geradezu verschlimmert.

Ein gutes Beispiel ist die Sowjetisierung der Religionspolitik des treuen Vasallen Tschechoslowakei.

Damit stellt sich die Frage, ob KSZE sinnlos sei, oder, ob sie für uns im westlichen Exil trotz aller Kritik ein willkommenes Feld der politischen Betätigung darstellen könne.

Bilanz des KSZE-Prozesses

Betrachtet man den schriftlich abgefassten Anspruch der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE) und vergleicht ihn mit der heutigen Situation, muss man nüchtern feststellen, dass KSZE auf der ganzen Linie gescheitert ist.

Tatsächlich präsentieren sich die Regimes in Mitteleuropa nicht viel besser als 1975, kaum eine menschenrechtlich relevante Forderung der Helsinki-Schlussakte wurde erfüllt.

Doch die psychologischen und, wenn man will, auch die politischen Auswirkungen von KSZE sind nicht zu unterschätzen. Der "Geist von Helsinki" hat auch in Mitteleuropa einen vor zehn Jahren noch kaum erwarteten Prozess ausgelöst.

In Polen wurde die Idee der freien Gewerkschaften unter anderem durch das

Klima der Helsinki-Konferenz mitgetragen, die Entstehung der Bürgerinitiative "Charta 77" ist wohl ebenfalls diesem KSZE-Prozess zu verdanken. Die Idee, in einem langwierigen Prozess der bewaffneten Macht des totalitären Staates etwas abzurufen, hat "Solidarnosc" auf polnische Art durchgeführt: mit einer gewaltigen, optimistischen Volksbewegung, die dann leider vom scheinbaren Sieg in die Illegalität gezwungen wurde.

"Charta 77" beweist mit ihrem Bestand, dass die Forderung nach Menschenrechten im heutigen Mitteleuropa nicht unbedingt zur Zerschlagung der Initiativen führen muss, wie dies in der Sowjetunion mit den verschiedenen Helsinki-Gruppen geschah.

Die Besinnung darauf, dass die Despoten des Marxismus-Leninismus durchaus an ihre Verpflichtungen erinnert werden sollen und müssen, die sie mit ihrer - im Endeffekt wohl nur bedingt wertvollen - Unterschrift eingegangen sind, beginnt in verschiedenen Ländern Früchte zu tragen.

Für den Westen bedeutet KSZE andererseits eine gewisse Besinnung an das Problem Europa. Man wurde daran erinnert, dass die "Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges" immer noch nicht überwunden sind. Ein "geschichtlicher Unfall" - (historical accident) - wie der britische Delegationsleiter es ausdrückte - brachte die Vertreter der beiden deutschen Staaten an der Berner Konferenz auf die benachbarten Stühle.

Weg zu mehr politischem Gewicht?

Ein solcher "historical accident" passierte dem Leiter der sowjetischen Delegation Kačev - im kleineren, aber umso peinlicherem Rahmen - als er sich weigerte, "mit

IN DIESER AUSGABE

- Dilemma der SI ... S.2
- Sowjethilfe für Nicaragua ... S.3
- Kritik an westlichen Medien ... S.3
- Polen: Amnestie
- Ungarn: Erinnerungen an den Aufstand S.4
- Briefe an Pro Cooperatione ... S.5
- Daukantast: vernachlässigte Literatur in Litauen ... S.7

Vertretern von Organisationen zu sprechen, welche die Grenzen der UdSSR nicht anerkennen." Dieser "Vertreter" war Algis Klimaitis, der in Bern die Aufgabe des Leiters des Informationsbüros des Baltischen Weltrates und des Vlikas (Oberstes Komitee zur Befreiung Litauens) übernommen hatte. Die Antwort, dass der sowjetische Delegierte in diesem Falle seine Koffer sofort packen solle, da an der Berner Konferenz viele Staaten teilnehmen, welche die sowjetische Besetzung der baltischen Staaten nicht anerkennen, was wiederum viel mit den sowjetischen Grenzen zu tun habe, liess den Diplomaten nicht nur wütend den Raum verlassen, sondern auch anwesende Journalisten der Weltpresse aufhorchen.

Vielleicht wäre KSZE ein Forum, um solche weitere "historical accidents" zu provozieren. Das Beste, was uns dabei geschehen könnte, wäre ein auf sowjetisches Begehren verfügter Rausschmiss...

Doch verhindern, dass wir am Tagungsort kurz vor

der jeweiligen Konferenz unsere Anliegen der Öffentlichkeit präsentieren, können die Sowjets es nur, wenn dies im Bereich ihrer Herrschaft geschied. Budapest war ein Beispiel dafür, dass dies auch dann durchaus nicht ohne Wirkung bleibt.

Menschliche Erleichterungen anstreben

Gerade in Bern ging es um Einzelfälle, um menschliche Erleichterungen und Familienzusammenführungen. Durch Präsentationen von solchen Fällen kommen wir nicht nur den westlichen Delegierten entgegen - und näher - sondern helfen tatsächlich auch unseren Freunden zuhause. KSZE kann auch bedeuten, dass wir vom Westen aus, unseren Leuten die nötige "Luft" verschaffen können, um sich weiter in unserem und vor allem ihrem Sinne zu betätigen.

Einen politischen Friedhof vom Exil aus beackern zu wollen, das war das Schicksal des "alten Exils" während Jahrzehnten. Auch die KSZE hat dazu beigetragen, dass wir nun in den verschiedensten Bewegungen und Gruppie-

rungen Ansprechpartner finden - überhaupt suchen - können.

KSZE-Unterstützung im kritischen Realismus

So positiv diese Beurteilung auch klingen mag, wird der KSZE-Prozess wohl erst dann für uns interessanter, wenn wir ihn so betrachten wie er auch ist. Die Bemühungen des Westens seine Angst vor Unfrieden vor der Haustür zu bereinigen ist für europäische Politiker eine Art Versicherungspolice für den gegenwärtigen "Frieden" in Europa. Diese "Versicherungspolice" ist im gewissen Sinne durchaus ein Vertrag, den die beiden Seiten befürworten.

Die Sowjetunion braucht Zeit und Ruhe, um in die bereits voll laufende technologische Revolution einzusteigen und - wenn auch mit gestohlenen Mitteln - mindestens auf dem militärisch-logistischen Gebiet mitzuhalten.

Einige wichtige ökonomische Reserven gehen zu Neige, so dass Gorbatschow an eine militärische Auseinandersetzung derzeit nicht denken kann.

Seine politischen Erfolge, vor allem in der BRD, lassen dies auch unnötig erscheinen. KSZE ist also aus sowjetischer Sicht eine willkommene - beliebig ausdehnbare - Verschnaufpause vor weiteren - vielleicht bereits entscheidenden - Runden der Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Teil Europas.

Das Aufweich-Modell der westeuropäischen Diplomaten erweist sich in diesem Sinne als eine gefährliche Illusion. Sie erscheint für die westliche Öffentlichkeit als präsentierbar, ob die Politiker selbst daran glauben, wage ich zu bezweifeln.

KSZE kann für uns ein politisches Forum werden, wo wir die Interessen der Menschen "zuhause" vertreten können. Deshalb sollte man KSZE als Betätigungsfeld annehmen, ohne den Sinn für die Realitäten zu verlieren.



Ein Dilemma der Sozialistischen Internationale

An den "Bruderparteien" im Exil scheiden sich die Geister

"Wir sind auch sehr besorgt über die fortgesetzten Verletzungen von Menschenrechten, insbesondere bei Aktionen, die gegen die in den Schlussakten von Helsinki vereinbarte "freie Zirkulation aller Menschen und Ideen" verstossen. Wir erklären uns daher solidarisch mit allen demokratischen Bewegungen in Osteuropa, wie etwa "Solidarność", mit dem Kampf um Grundrechte, einschliesslich Gewerkschaftsrechte, religiöser Freiheit und der Verteidigung der Rechte nationaler Minderheiten. In der Tat glauben wir, dass unser Engagement in Bezug auf Abrüstung und Entspannung für diese Bewegungen eine günstige Situation schaffen wird."

Mit diesem Glaubensbekenntnis in Absatz 86 der "Deklaration von Lima" erschöpft sich im Grossen und Ganzen, was die Sozialistische Internationale (SI) über die Situation der von Moskau kontrollierten Staaten Mitteleuropas zu sagen hat. Im Vergleich dazu widmet das "neue sozialistische Manifest", dessen Hauptaugenmerk die globalen Perspektiven des ausklingenden 20. und 21. Jahrhunderts

ist", eine ganze Seite des 17 Seiten starken Dokuments einzig dem Apartheid-Problem in Südafrika. So bedrückend die wirtschaftlichen Probleme, vor allem in der Dritten Welt auch sind, politisch gesehen wird die Weltpolitik immer noch vom Ost-West-Konflikt beherrscht. Im Manifest wird zwar "auf das heftigste die Ansicht zurückgewiesen, dass Demokratie ein den fortgeschrittenen Wirtschaftssystemen reserviertes Privileg" sei (Absatz 30). Allerdings bezieht sich die SI in diesem Fall wieder auf den Nord-Süd-Konflikt. Auch wird eine "Priorität der Unterstützung jener Kräfte, die demokratisch sind oder in Richtung Demokratie hinarbeiten und die Menschenrechte respektieren" zugesichert. Dort allerdings, wo diese Unterstützung eine klare Haltung gegenüber Moskau erfordern würde, verlieren sich die Argumente der SI häufig in Allgemeinplätzen.

Zu spüren bekommen diese Haltung - trotz der Solidaritätsbetuerungen (siehe oben), vor allem die sozialdemokratischen Parteien mitteleuropäischer Länder im Exil. Immer mehr, so klagen Angehörige dieser Parteien, würden sie ins Abseits gedrängt, versiegten die ohnedies spärlichen Unterstützungen.

Es ist jedoch kaum möglich Kritik laut zu äussern, denn man fürchtet den vollkommenen Bruch mit den mächtigen Bruderparteien.

Der letzte Weltkongress der Internationale in Lima (Peru) zeigte, nach Ansicht von Teilnehmern, sehr deutlich das zwiespaltige Verhältnis, dem die SI in ihrer Beziehung zu Moskau ausgesetzt ist.

Die Tagung vom 20. bis 23. Juni 1986 war durch zahlreiche Anschläge und einer Häftlingsrevolte von Angehörigen der peruanischen, kommunistischen Guerillabewegung "Sendero Luminoso" (Leuchtender Pfad) überschattet. "Alle Teilnehmer, mit denen ich gesprochen habe, wussten es, auch unter der einheimischen Bevölkerung war man sich einig: Die ganzen Unruhen waren von Moskau gesteuert. Von den SI Teilnehmern getraute sich allerdings niemand, dies auch laut zu sagen", erzählte Stefan Tabakoff, Vorsitzender der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei im Exil.

Dementsprechend erfolgreich waren auch die Störaktionen. Die Weltkonferenz ging im Blutbad des Aufstandes, in mehreren Bombenanschlägen, einer Raketenattacke

und dem rigorosen Vorgehen der peruanischen Sicherheitskräfte unter und fand angesichts dieser medienwirksamen Aktionen kaum Echo in der weltweiten Berichterstattung. Der Kongress war von Verspätungen, geringer Teilnahme an den Sitzungen und häufigen Terminänderungen gekennzeichnet. Die bekanntesten sozialistischen Grössen, wie etwa Bruno Kreisky, Bettino Craxi, Kalevi Sorza, Simon Perez oder Felipe Gonzales erschienen nicht zur Tagung, sagten vielfach erst in letzter Minute wegen Terrorgefahr ab. Die Person des SI-Vorsitzenden Willi Brandt war nicht genug, um dem Treffen das erhoffte Gewicht und weltweite Medienecho zu vermitteln.

Glaubt man der Sicht von kritischen SI-Insidern so befindet sich die Weltvereinigung der Sozialdemokraten in einer Zwickmühle: Um die "Heilige Kuh der Entspannung" nicht opfern zu müssen, hütet man sich vor jeglicher schärferen Kritik gegenüber Moskau.

Andererseits lässt sich die Erkenntnis nur schwer verdrängen, das den Kremelherrschern die abgespaltenen sozialdemokratischen Brüder ein Dorn im Auge sind, die es zu bekämpfen gilt. Wenn-

gleich es auch an Beweisen fehlte, wurde dem auf der Tagung der "Sozialistischen Union Mittel- und Osteuropas (SUCEE) Ende Mai in Stockholm zirkulierende Gerüchte, der Mordanschlag auf Schwedens Ministerpräsident Olof Palme sei vom KGB organisiert worden, durchaus Glauben geschenkt. Im Allgemeinen wissen die Personen, die den Kommunismus am eigenen Leib erlebt haben, wovon sie reden und wozu das marxistisch-leninistische Regime fähig ist.

Im Rahmen der SUCEE, der Dachorganisation der Sozialdemokraten aus den von der Sowjetunion kontrollierten europäischen Ländern, kann man ungestört über solche heiklen Themen diskutieren. Innerhalb der SI ist offene Kritik an der Politik Moskaus jedoch tabu. "Wir hatten schon Glück, dass wir unser Statement auf der Tagung vorlesen durften, und das es auch von der Konferenz angenommen wurde", meinte Tabakoif.

Die Schwierigkeiten der Exilsozialdemokraten begannen nach dem SI-Treffen 1964 in Brüssel anlässlich des 100. Jahrestages der Gründung der 1. Internationale durch Karl Marx und Friedrich Engels. Seit damals versuchen starke sozialistische Kräfte, die Exilparteien Mittel- und Osteuropas auszuschliessen. Aufgrund des heftigen Protests von Bruno Kreisky, Israels Ministerpräsidentin Golda Meir und einiger anderer hochrangiger Sozialdemokraten einigten sich die Delegierten schliesslich auf einen Kompromiss: Die Exilsozialisten durften in der SI bleiben, erhielten jedoch nur den Status einer konsultativen Mitgliedschaft.

Mit dem Einsetzen der Entspannungspolitik am Anfang der Siebzigerjahre verstärkte sich wiederum der Druck auf die verbannten Bruderparteien, da sie ja aufgrund der im Kommunismus gemachten Erfahrungen der einsetzenden Anbiederung nicht zustimmen konnten. Im Zuge der Verhandlungen um die Ostverträge und seinen damit verbundenen häufigen Reisen nach Moskau soll Willi Brandt sogar eine Geheimvereinbarung mit dem damaligen Parteichef Leonid Breschnew getroffen haben, die Exilsozialdemokraten gänzlich zu isolieren. Allerdings scheiterte auch dieser Versuch am Veto demokratisch gesinnter Genossen.

Die Mehrzahl der Mitglieder der Exilparteien sahen sich den gegen sie gerichteten Vorgängen und Intrigen hilflos ausgeliefert. Viele von ihnen

hatten und haben noch Familienangehörige in den Ostblockstaaten und fürchten, lauter Protest könnte Repressionen gegen diese Unschuldigen auslösen. Dazu kommt noch die Abhängigkeit von den einflussreichen westlichen Grossparteien, deren Unterstützung die viel schwächeren Parteigruppierungen dringend benötigen und nicht verlieren wollen.

So herrschte denn unter den Mitgliedern der SUCEE eine reichlich gedrückte Stimmung, als man sich im Mai in Stockholm traf. Das üblicherweise kurz vor dem SI-Weltkongress am selben Tagungsort angesetzte Treffen, musste diesmal in Skandinavien tagen, weil sich die meisten Mitglieder den teuren Flug nach Lima gar nicht leisten konnten.

Es sind aber nicht nur politische Gründe, die das Unbehagen bei den Exilsozialdemokraten hervorruft. "Was soll man denken, wenn bei offiziellen Besuchen sozialdemokratische Funktionäre Kränze an den Denkmälern für Leute wie Lenin, Dimitroff und Tito niederlegen, die Sozialdemokraten massenweise umbringen liessen", wird erbittert festgestellt. Auch die luxuriösen Urlaube, die so mancher SI-Funktionär auf Einladung der kommunistischen Machthaber an den beliebten Schwarzmeerstränden verbringt, verbessern kaum das Verhältnis zu den vertriebenen Gesinnungsgenossen, sind aber deutliche Indizien dafür, dass sich die Internationale zumindest an der Oberfläche mit Moskau ungetrübter Beziehungen erfreuen darf.

Dementsprechend oft spiegelt sich im "Manifest von Lima" - der sozialistischen "globalen Perspektive" für die Zukunft - denn auch die Diktion Moskaus wider: An der weltweiten Wirtschaftskrise seien in erster Linie die kapitalistischen Privatbanken schuld (innere Missstände oder der soziologisch-politische Entwicklungsstand eines Landes werden nicht ins Kalkül gezogen), auf die Ursachen der vielen regionalen Krisenherde wird nicht eingegangen, konkrete Lösungsvorschläge erschöpfen sich in Allgemeinplätzen. Selbst der Gastgeber der Lima-Konferenz, der peruanische sozialdemokratische Präsident Alan Garcia stiess auf wenig Verständnis für seine Probleme mit Terroristen. Dass sich Peru erst mühsam den Weg in die Demokratie erarbeiten muss und dementsprechender Unterstützung bedarf, wurde in Anbetracht der Ausschrei-

tungen bei der Häftlingsrevolte und des Erschiessens zahlreicher kommunistischer Terroristen, nachdem sie sich ergeben hatten, von den über alles erhabenen Delegierten des SI-Kongresses rasch vergessen: Garcia musste harte Kritik durch die SI einstecken. Umsomehr fühlte sich die SI verpflichtet, die weitaus undemokratischeren Sandinisten in ihrem Vorgehen in Nicaragua zu bestätigen.

Bei den Exilsozialdemokraten stellte man demnach auch

Sowjets pumpen hunderte Millionen Dollar nach Nikaragua

Auffallender Ausbau von Flugplätzen

Die vom Osten und manchen westlichen Stimmen scharf angegriffene amerikanische Hilfe für die "Contras" in Mittelamerika in Höhe von 100 Millionen Dollar ist nur ein "Trinkgeld" gegenüber der Mitteln, die die Sowjetunion zur Stützung des Sandinistenregimes in Nicaragua aufwendet. Nach einem Bericht der Zeitung "The Washington Times", die über beste Kontakte zum Weissen Haus verfügt, haben die Sowjets schon über 1,5 Milliarden Dollar eingesetzt. Zwischen 350 und 500 Millionen Dollar entfielen dabei auf Bauten, die der militärischen Infrastruktur zugerechnet werden können. Weitere 500 Millionen Dollar waren direkte militärische Lieferungen wert, also Hubschrauber, Panzer, Geschütze. Die verschiedenen Formen wirtschaftlicher Hilfe haben den Kreml 700 Millionen Dollar gekostet.

Zu den militärisch nutzbaren Objekten gehören fünf Flug-

nüchtern fest: "Man wird ungläubig, wenn man nur gegen die nicaraguanischen Freiheitskämpfer, die sog. "Contras" spricht und die Bedrohung durch den Kommunismus ignoriert." Die verbannten Brüder aus Mittel- und Osteuropa haben die wirkliche Einstellung Moskaus gegenüber der Sozialdemokratie am eigenen Leib verspürt. Sie wissen, dass Anbiederung an Moskau als "globale Perspektive" für eine sozialdemokratische Zukunft nicht ausreicht.

zeugplätze, ein Tiefwasserhafen und ein Netz von Radar- und elektronischen Anlagen. Grösster Flughafen ist die Anlage von Punta Huete nordöstlich der Hauptstadt Managua. Der Bau begann 1982, die Fertigstellung ist für das Frühjahr 1987 vorgesehen. Auf der über vier Kilometer langen Piste können alle bekannten sowjetischen Flugzeuge starten und landen.

Bereits vor seiner Fertigstellung wird Punta Huete von Hubschraubern sowjetischer Bauart benutzt, die an die sandinistischen Streitkräfte geliefert wurden. Zuletzt handelte es sich dabei um mindestens sechs Helikopter vom Typ Mi-17.

Ausser Punta Huete haben die Sowjets mit Hilfe ihrer europäischen Verbündeten noch vier weitere Flugplätze ausgebaut: Sandino International Airport in Managua, Puerto Cabezas im Norden an der Atlantikküste, Bluefields weiter südlich an der Atlantikküste und Montelimar nordwestlich von Managua.

Bartoszewski übt Kritik an den westlichen Medien

Der 36. Internationale Kongress "Kirche in Not" fand vom 31. Juli bis 3. August in Königstein/Taunus statt. Rund 420 Teilnehmer aus 24 Ländern trafen sich, um das Thema "Kirche und Menschenrechte - Solidarität mit den Verfolgten" zu erörtern.

Der Warschauer Wladyslaw Bartoszewski, der gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland als Gastprofessor tätig ist, warf den westlichen Medien Manipulation und Linksdrall vor. Zahlreiche Berichte über Osteuropa seien "naiv links". Bartoszewski

gehört dem Redaktionsstab der Krakauer katholischen Wochenzeitung "Tygodnik Powszechny" an.

Es wurde der Wunsch nach einem westlichen Meldungs-Pool für osteuropäische Nachrichten laut. Dabei sollte eine Medienstrategie angestrebt werden, bei der auch bisher unbeschränkte Wege begangen würden, die im Dienst und im Geist der Solidarität mit der bedrängten Kirche der sogenannten "Zweiten Welt" stehen, aber gleichzeitig jede Kalte-Kriegs-Mentalität vermeiden würde. (GZW)

POLEN

Amnestie in Polen nicht überbewerten

Mit grosser Freude haben wir die Nachricht über die Freilassung der politischen Gefangenen in unserem Land vernommen. Wir sehen allerdings diese seit Dezember 1981 vierte Amnestie keineswegs als einen Gnadentakt der polnischen Regierung an, sondern wir sehen darin einen weiteren Schritt im Prozess der Wiedergutmachung des Unrechts.

Die Freigelassenen wurden widerrechtlich gefangen genommen und waren wegen ihrer Forderung nach Menschen- und Bürgerrechten verurteilt worden.

Wir sind sicher, dass keine humanitären Gründe die Jaruzelski-Regierung zu einer Amnestie bewegen haben, sondern wirtschaftliche und politische Überlegungen. Die Ereignisse der letzten Jahre haben deutlich gezeigt, dass die kommunistische Regierung das Land weder von seinem wirtschaftlichen Ruin wegzuführen vermag, noch fähig ist, sich das Vertrauen und die Mitarbeit des polnischen Volkes zu erwerben. In dieser Situation bleibt die Regierung weiterhin sowohl auf die finanzielle wie auch auf die technologische Hilfe des Westens angewiesen.

In politischer Hinsicht sollte die Amnestie die KSZE-Gespräche in Wien beeinflussen, indem sie eine Atmosphäre der "Normalisierung und Eintracht" in Polen vortäuschen will.

Auch Gorbatschow will keine Probleme zur "polnischen Frage" während der nächsten Runde der Gespräche mit Reagan zu erörtern haben.

Noch ein anderer Aspekt der Entwicklung hat für die Kommunisten, die ohne Sozialauftrag regieren, eine grosse Bedeutung. Während der letzten Jahre in Polen hat sich nicht nur die Opposition erhalten, die die Ideen der freien Gewerkschaft "Solidarnosc" weiterführt, sondern auch eine pluralistisch-demokratische durchweg politische Untergrundopposition entwickelt. Es handelt sich dabei um politische Gruppierungen und Parteien, die das Ziel eines unabhängigen Polens programmatisch vertreten. Wenn etwas der kommunistischen Macht gefährlich werden könnte, so ist es eben der freie politische Gedanke, der die polnischen Grenzen überschrei-

ten könnte, wie es bei der Zusammenarbeit der Untergrundgruppierungen der "Solidarnosc" und der "Charta 77" bereits geschehen ist, oder bei der Gründung der Konferenz "Pro Cooperazione", die seit September 1986 in Wien Vertreter verschiedener durch die Sowjets dominierten Völker vereint.

In dieser Situation sähe die Jaruzelski-Regierung viel lieber eine sogenannte "kontrollierte Opposition", die aus "realistisch denkenden Vertretern der Opposition" bestehen würde, wie es der Minister des Innern, Gen. Kiszczak, ausgedrückt hat. Eine solche Opposition, mit den Freiheiten eines Hofnarren ausgestattet, wäre ein willkommenes Werkzeug bei den Versuchen den kritisch denkenden Teil der Gesellschaft zu pazifizieren.

Die jüngsten Manöver der "Solidarnosc"-Anführer - die Gründung eines offen agierenden "Provisorischen Landesrats" waren daher für die Jaruzelski-Regierung eine Überraschung. Die freigelassenen, bekannten oppositionellen Aktivisten haben ihre Bereitschaft einer Mitarbeit mit der Regierung angemeldet, allerdings ohne auf ihre bisherigen Forderungen zu verzichten.

Forts. S.5(Polen)

UNGARN

Erinnerungen an den Ungarn Aufstand vor 30 Jahren

Am 23. Oktober 1956 fiel in Budapest der erste Schuss. Niemand weiss, wer ihn abgegeben hat - am 13. November wurde von der sowjetischen Armee der Industrievorort Csepel bei Budapest erobert. Dazwischen lagen drei Wochen erbitterter Ringens, das die Welt in Atem hielt. Auch drei Wochen enttäuschter Hoffnungen der Ungarn, dass eben diese Welt ihnen helfen würde. Der Westen und die UNO waren indessen mit der Suez Krise vollauf beschäftigt.

Eines aber hatte der Westen schon lange zuvor getan: Er hatte die Voraussetzungen für den Aufstand der Ungarn geschaffen: Ganz Nordsiebenbürgen musste an Rumänien abgetreten werden, Hunderttausende von Ungarn wurden aus der Slowakei vertrieben - und sowjetisches Militär durfte im Land bleiben. An allen anderen Ostblockstaaten waren die westlichen Alliierten mehr interessiert als an Ungarn. In der Pariser Friedenskonferenz 1947 wurde es gedemütigt wie kein anderes Land.

So traf nach der brauen Diktatur die rote das keine Ungarn mit ungebremster Wucht. Der Vorhang des Schweigens senkte sich über das Land. Landaufteilung, Geldentwertung, Enteignung der Fabriken, ungeheure

Reparationszahlungen an die Sowjetunion, permanente "Säuberungen", wie vor allem der Rajk-Prozess - nichts wurde den Ungarn erspart. Für alle Zeiten schienen sie ihrer Freiheit beraubt zu sein. Die Heimkehrer aus Moskau, vor allem Rakosi, Révai, Gerö und Vas manövrierten innerhalb kürzester Zeit die bürgerlichen Parteien, allen voran die der Kleinlandwirte, aus, trotz deren Sieg bei den Wahlen. Ungarn wurde die gefügigste Kolonie der Sowjetunion.

Im Oktober kam im befreundeten Polen Gomulka an die Macht. Am 23. Oktober wurde in Budapest zu einer grossen Solidaritätskundgebung mit den Polen aufgerufen. Hunderttausende versammelten sich um das Denkmal des polnischen Generals Joseph Bem, der 1848 die ungarische Revolution angeführt hatte. Rufe wurden laut: Zerstört das Stalinendenkmal, holt Imre Nagy, besetzt den Rundfunk, hisst die Nationalflagge, weg mit den Zeichen der Volksrepublik! Kein energischer Mann weit und breit, der die Zügel in die Hand genommen hätte. Statt dessen wies Gerö in grober Ungeschicklichkeit auf alles hin, was Ungarn der Sowjetunion zu verdanken habe. Der Abend kam - da fiel der erste Schuss. Woher kam er? Von der verabscheuten Geheimpolizei? Aus der Menge? Radio Budapest meldete am nächsten Morgen: "Faschistische und reaktionäre Elemente unternahmen gestern Abend einen bewaffneten Angriff auf unsere Staats-exekutive!" Wer damals am Radio sass, vergisst die Kanonenschüsse und Karabinersalven nicht, die die pausenlosen Aufrufe unterbrachen. Dann, als der Kampf in voller Stärke tobte, endlich die Nachricht im Radio: Imre Nagy ist zum Ministerpräsidenten ernannt worden. Der Mann, gleichwohl Kommunist, zu dem das Volk Vertrauen hatte. Die Aufständischen gaben ihre Waffen ab, ihr Sieg war sicher - da griffen die um Budapest stationierten sowjetischen Truppen in den Kampf ein. Die Panzer wälzten sich in die Stadt, verschanzten sich vor den Kasernen, feuerten blindlings in die Menge. In der Kilianskaserne kämpfte todesmutig der eigentliche Held dieses Tages: Pál Maléter.

Forts. S.5(Ungarn)

Keim einer Zusammenarbeit der pluralistisch-demokratischen Gruppen und des demokratischen Untergrundes in Mitteleuropa

Die Zusammenarbeit der verschiedenen pluralistisch-demokratischen Gruppen und der demokratischen Untergrundgruppen im vom Kommunismus und Atheismus unterdrückten Mitteleuropa will eine Ende September in Wien gegründete permanente Konferenz mit der Bezeichnung "Pro Cooperazione" fördern.

Die Konferenz, welche sich aus Angehörigen Bulgariens, Lettlands, Litauens, Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei zusammensetzt, will dies in einem ersten Schritt durch Informationsaustausch und gegenseitige Vermittlung von Nachrichten über die Ereignisse und den Stand des Widerstandes in den Ostblock-Ländern tun. Beschlossen wurde die Grün-

dung des Periodikums "AKKORD", einer Schrift, die in den verschiedenen Ostblocksprachen erscheinen soll und sich, durch Verbreitung im Osten, an die Bevölkerung Mitteleuropas wenden soll.

Die Konferenzteilnehmer von "Pro Cooperazione" erhielten auf ihrer Gründungsversammlung eine Grussbotschaft von der im polnischen Untergrund arbeitenden liberal-demokratischen Partei "Niepodleglosc" ("Unabhängigkeit"), einer der vier grösseren Parteigruppierungen, die aus der "Solidarnosc" hervorgegangen sind. "Niepodleglosc" begrüsst die Initiative, durch die der Zusammenarbeitsgedanke der Freiheitskräfte im Osten auch im Westen bekannter werden soll.

Polen (Forts. v.S.4)

Die weiterhin im Untergrund tätige "Provisorische Landeskommision" hat als Bedingung für Gespräche mit der Regierung nicht nur die Wiederherstellung des Gewerkschaftspluralismus verlangt, sondern auch die Zulassung freier politischer Aktivitäten. Da sich die kommunistische Regierung weiterhin weigert mit den "Solidarność"-Repräsentanten zu sprechen ist wohl auch der Beweis für die Resistenz des Systems gegenüber Reformen erbracht, welche ihrerseits die Demokratisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens verhindert.

Auch die beunruhigte Stimme Moskaus liess sich vernehmen: Anschuldigungen an die Adresse des "Solidarność-Rates" wurden laut, die von der Wiederkehr zur Anarchie und der Verbindung mit den antisozialistischen Kräften im Westen sprachen.

Doch den Prozess der gesellschaftlichen und politischen Befreiung aller durch die Sowjets geknechteten Völker wird jetzt niemand mehr aufhalten können. Der Weg zu diesem Ziel führt sowohl durch die Aktivitäten der pluralistischen Untergrundopposition, wie auch durch die offenen politischen Tätigkeiten.

Die Kontinuität der konspiratorischen oppositionellen Aktivitäten, die Weiterentwicklung des freien politischen

Gedankens und die Zusammenarbeit der wahren Vertreter der mittelosteuropäischen Völker, halten wir für unerlässlich.

Wir fürchten uns nicht, unser Endziel offenzulegen - es ist die Unabhängigkeit. Ohne die Freiheit der Individuen und der Völker sind die Fundamente des Friedens nicht stabil. Wir wenden uns also an die westliche Öffentlichkeit mit der Bitte, sich von den Manövern der Jaruzelski-Regierung nicht täuschen zu lassen. Verhaftungen und Verfolgungen der oppositionellen Aktivisten werden nicht nachlassen, weil die Polen auf ihre Forderung nach Unabhängigkeit und Demokratie nicht verzichten werden.

Auch von den anderen Völkern Mittelosteuropas sollte niemand einen Verzicht auf das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung erwarten, den sie gegen leere Versprechungen in weiteren Verträgen eintauschen sollen, die von den kommunistischen Regimes unterschrieben werden, welche ohne den sozialen Auftrag regieren und vorhaben weiter zu regieren.

"Solidarność"-Delegation in der Schweiz

Im Namen der Delegation

Jerzy Grebski
Maria Nowak
Krzysztof Podolczyński

Ungarn (Forts. v.S.4)

Hare Nagy wird zu immer weiteren Forderungen geurängt, die Strassen voller Leichen und zerschossener Panzer diktieren ihm die Forderungen: Abzug aller sowjetischen Truppen, Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt. Allen Kampfteilnehmern wird Straffreiheit zugesichert. Sozialdemokraten und Kleinlandwirte werden in die Regierung aufgenommen, das Eingreifen der UNO wird stündlich erwartet.

Die Sowjets ziehen ab. Der österreichische Botschafter Dr. Peinsipp, guter und hilfsbereiter Engel dieser Tage, warnt vergeblich: Niemand wird sich die Sowjetunion, trotz aller inneren Machtkämpfe nach Stalins Tod, diesen Verlust an Prestige und Einfluss gefallen lassen. Immer wieder hören es die westlichen Journalisten aus seinem Mund. Am 30. Oktober, acht Tage nach Beginn des Aufstands, singen die Ungarn mit Tränen in den Augen ihre Nationalhymne. Der entscheidende Akt des Dramas sollte aber noch bevorstehen. Während die letzten sowjetischen Truppen am Abend dieses Tages Budapest verlassen und das Land jubelnd seine Freiheit begrüsst, schreitet das Unheil bereits fort. Es hat einen Namen und heisst: Kádár.

Allerheiligen 1956. Journalisten besichtigen im ehemals vornehmsten Villenviertel

von Budapest die luxuriöse Behausung von Rákosi, schreien auf daunenweichen Teppichen, blicken in die Bibliothek voller russischer Bücher. Draussen beginnen die Wunden des Kampfes zu heilen. Kardinal Mindszenty ist im Triumphzug aus seinem Verbannungsort zurückgeholt worden, steigt aus dem Panzerauto und gibt der jubelnden Menge den Segen. Zwei Tage bringt Ungarn in einem wahren Taumel von Glück. Aber schon die zweite Nacht endet abrupt: Seit 3.15 Uhr an diesem schicksalsschweren 4. November sendet Radio Budapest, jetzt Radio Kossuth genannt, in kurzen Abständen einen Aufruf der Regierung Nagy: "Heute Nacht haben sowjetische Truppen mit starken Kräften die ungarische Hauptstadt angegriffen. Die ungarische Armee hat den Kampf aufgenommen. Dies teilen wir dem ungarischen Volk und der Weltöffentlichkeit mit."

Schon nach Stunden sind die Kämpfe in vollem Gang. Ein sowjetischer Panzer nach dem anderen zerbricht an den Donaubrücken. Männer, Frauen und Kinder schleudern todbringende Benzinflaschen. David kämpft gegen Goliath. Aus Österreich rasen Rotkreuzautos mit Blutkonserven heran. Der Mann, der die Sowjets um Intervention gebeten hat, heisst Kádár.

Fortsetzung nächste Seite

An die Teilnehmer der Koopercja-Konferenz, Wien

Wir begrüssen herzlich alle Teilnehmer der Koopercja-Konferenz (Pro Cooperatione Anm. d. Red.), die die Idee des Kampfes für das Recht der Ost- und Mitteleuropäischen Völker auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung vereinigen.

Wir freuen uns, dass mehr und mehr Leute verstehen, dass der endgültige Sieg dann möglich wird, wenn wir unsere gemeinsame Anstrengung ausbauen.

Wir glauben unbeirrbar, dass nur kompromisslose Ablehnung des Kommunismus uns dem Ziel näher bringt.

Während der Diskussion über die Probleme von Ost- und Mitteleuropa, vergesst die Leute nicht, welche dieselben Ideale im Untergrund, im Gefängnis oder in den psychiatrischen Kliniken lebend, mit realisieren. Vergesst Afghanistan und Nicaragua nicht. Es soll niemand allein gelassen werden, der mit dem Kommunismus kämpft!

Der Politische Rat der Liberal-Demokratischen Partei
"Niepodległość"
("Unabhängigkeit")
Polen, September 1986.

Brief von "Pro Cooperatione" an unsere Freunde in Mitteleuropa.

Liebe Freunde

die Erfahrung der vergangenen Jahrzehnte hat uns allen gezeigt, dass wir nur gemeinsam Aussicht auf Erfolg haben im Bestreben die Unab-

hängigkeit unserer Völker wieder zu erlangen. Voraussetzung des Erfolges ist Kooperation.

Am 20. September 1986 haben wir uns in Wien als

Angehörige unserer Völker getroffen, um diese Zusammenarbeit zu fördern. Wir haben "Pro Cooperatione/Konferenz zur Förderung der demokratischen Kräfte Mitteleuropas" ins Leben gerufen. Die Konferenz hat sich langfristig verpflichtet, Informationen über Probleme der mittelosteuropäischen Völker auszutauschen, gemeinsame Ziele anzustreben und die Öffentlichkeit zu informieren.

Um das zu erreichen haben wir als ersten Schritt beschlossen, eine periodische Publikation "Akkord" herauszugeben, die in unseren Sprachen erscheinen wird. Diese Plattform ist allen demokratischen Kräften zum Austausch von Informationen offen und für unsere Landsleute in Mitteleuropa bestimmt. Weitere Schritte werden vorbereitet. Die bestehende Zeitschrift "Ostnachrichten" wird zur Information vor allem der westlichen Öffentlichkeit dienen.

"Pro Cooperatione" ist für Selbstbestimmung und Zusammenarbeit unserer Völker auf der Grundlage der pluralistisch-demokratischen Ordnung für die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte. Trotz allen Bemühungen um Zusammenschlüsse einzelner Staaten, wollen wir aber das Recht des Einzelnen und der Nation auf Eigenständigkeit und Selbstbestimmung berücksichtigen.

In unserem Kreis haben wir Freunde gefunden und eine Grundlage zur Zusammenarbeit geschaffen. Wir hoffen, dass wir gemeinsam mit Euch "Pro Cooperatione" und unseren Bestrebungen zum Erfolg verhelfen.

Mit herzlichen Grüssen

Das Präsidium
Pro Cooperatione

Ihn hatte man widerstrebend in die umgebildete Exekutive aufgenommen.

Budapest fällt in Trümmer. Über 40 Prozent seiner Häuser werden zerstört. Die Bauern bringen keine Nahrungsmittel in die Stadt, die letzten Kämpfer in der Kiliaskaserne fallen Mann um Mann... Am 11. November erobern die Sowjets die Industriewerke in Ujpest, zwei Tage später den Industrievorort Csepel. Nach fast 10 Tagen harten Kampfes haben die Sowjets unter Einsatz von 5000 Panzern und fünfzehn Divisionen ein Volk, das ihnen oft genug mit blossen Fäusten entgegentrat, in die Knie gezwungen. Die Marionettenregierung Kádár kann aufatmen, aber der Krenl muss seine ganze Ungarnpolitik für bankrott erklären. Die ungarische Revolution ist niedergeschlagen, bleibt aber nicht vergessen. Zum ersten Mal muss Moskau die Grenzen seiner Macht erfahren. Und: Zum ersten Mal werden auch alle grossen Worte und Schwüre des Westens als hohle Phrasen entlarvt.

Zwei Jahre später, am 15. Juni 1958, teilt das Justiz-

ministerium der Ungarischen Volksrepublik mit, das drei der führenden Männer des Aufstandes, Imre Nagy, Miklós Gimes und Pál Maléter, zum Tode verurteilt worden seien. Und in einem Nebensatz: Die Todesurteile wurden bereits vollstreckt. Mehr als vier Monate lang hatte die "Gerichtsverhandlung" hochverräterische Ziele der Nagy-Gruppe zu beweisen versucht - umsonst. Im Gegenteil: Immer deutlicher wurde das Bild der Revolution als eines Aufbruchs der ganzen Nation.

Communiqué

Die gemeinsamen Erfahrungen der einzelnen nationalen Aufstände, wie etwa der Aufstand in Ungarn 1956, oder der Freiheitsbewegungen, so zum Beispiel der polnischen Solidarnosc, haben gezeigt, dass weder Gewalt noch ein Alleingang zum Ziel der Freiheit Mitteleuropas führen kann. Deshalb ist in diesen Ländern die Einsicht, dass eine Zusammenarbeit unter ihnen notwendig ist, stark gewachsen. Es gilt nun die Devise: "Allein geht es nicht, jetzt müssen wir zusammenarbeiten."

Diese Zusammenarbeit will die vom 20./21. September in Wien gegründete Konferenz "Pro Cooperation", eine Konferenz zur Förderung der Zusammenarbeit der pluralistisch-demokratischen Kräfte Mitteleuropas fördern und unterstützen.

An dieser Tagung beschlossen Bulgaren, Letten, Litauer, Polen, Rumänen und Tschechen Informationen aus ihren Ländern nicht nur auszutauschen, sondern diese Informationen über die Ereignisse und Probleme in Mitteleuropa und in Westeuropa in diesen Ländern zu vermitteln.

An diesen beiden Konferenztagen wurde die Situation in unseren Ländern unter dem Aspekt einer Zusammenarbeit beleuchtet und konkrete Schritte besprochen. Der Politische Rat der liberaldemokratischen Partei, "Niepodleglosc" ("Unabhängigkeit"), die in Polen im Untergrund arbeitet, begrüsst in einer Note die Forderung nach einem bewussten Zusammengehen der demokratischen Kräfte im vom Kommunismus beherrschten Mitteleuropa.

Die Förderung der Zusammenarbeit soll in einem ersten Schritt durch die Gründung einer in den verschiedenen Sprachen Mitteleuropas erscheinenden Zeitschrift "Akkord" erfolgen. Die westliche Öffentlichkeit wird durch das bereits bestehende Periodikum "Ostnachrichten" angesprochen.

"Pro Cooperation" ist für Selbstbestimmung und Zusammenarbeit der Völker Mitteleuropas auf der Grundlage der pluralistisch-demokratischen Ordnung, und für die Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte auf dieser Grundlage.

von G. Thomas

"Pro Cooperation" wird durch das Präsidium nach Aussen vertreten: Algis Klimaitis (Präsident/Litauen), Maria Nowak (Vize-Präsidentin/Polen), Ioan Pumnul (Beisitzer/Rumänien), Stefan Tabakoff (Beisitzer/Bulgarien), Vladimir Pilman (Sekretär/Tschechoslowakei).

UDSSR

Sowjetische Zitate (1931 bis 1984)

"Die westlichen Länder werden mit Vergnügen an ihrer eigenen Zerstörung arbeiten" (Manuilski, 1931)

Manuilski, Mitarbeiter Lenins 1931:

"Um zu siegen, brauchen wir ein Element der Überraschung. Die Bourgeoisie muss eingeschläfert werden. Wir werden deshalb damit beginnen, die theatralischste Friedensbewegung zu entfachen, die jemals existiert hat. Die kapitalistischen Länder, stupide und dekadent, werden mit Vergnügen an ihrer eigenen Zerstörung arbeiten."

Chruschtschow 1963:

"Die friedliche Koexistenz ist doch nur eine Atempause auf dem Wege zum Endsieg des Kommunismus! Diese Pause soll uns die Möglichkeit geben, die Wirtschaft in unseren Ländern zu stärken und damit die günstigen Voraussetzungen für den Sieg des Kommunismus zu schaffen."

Weisung für hohe militär. Stabe des Wapa 1968:

"Es ist erlaubt, Friedensgespräche zu führen und Span-

nungen zu lockern. Aber das hat nur mit Worten zu geschehen und der Irreführung und Schwächung des Gegners zu dienen. Wer solche Phrasen selbst für Ernst nimmt, ist ein Verräter, weil er das Endziel, die Verbreitung des Kommunismus über die ganze Welt, auch auf dem Wege der Gewalt, verrät."

Prawda, 9. Okt. 1970 Grundsatztartikel:

"Die Politik der friedlichen Koexistenz trägt zur Entwicklung des Klassenkampfes: im nationalen und internationalen Massstab bei... die friedliche Koexistenz setzt die Mobilisierung für den aktiven Kampf... und die Ausnutzung der ganzen Macht des Sozialismus... voraus."

Schrift: "Streitkräfte im Klassenkampf unserer Zeit", Ostberlin 1972:

"Die weitere militärische Stärkung des Sozialismus ist ein grundlegendes Element der aktiven Friedenspolitik und hilft, die historische Mission der Arbeiterklasse zu realisieren."

Breschnew 1972:

"Entspannung ist keineswegs ein Nachlassen des ideolo-

gischen Kampfes. Wir sollten im Gegenteil auf eine Verschärfung dieses Kampfes vorbereitet sein."

Breschnew, April 1974:

"Wir Kommunisten müssen eine Zeit lang mit den Kapitalisten zusammenarbeiten. Wir brauchen deren Landwirtschaft und Technologie. Aber wir werden unsere massivsten Rüstungsprogramme fortsetzen und Mitte der 80er Jahre in der Lage sein, zu einer wesentlich aggressiveren Aussenpolitik zurückzukehren, um in unseren Beziehungen zum Westen die Oberhand zu gewinnen."

Marschall Andrej Gretschko, 1975:

"Die Militärmacht der Sowjet-

union ist einer der bedeutendsten Faktoren, um günstige äussere Bedingungen für den Aufbau des Kommunismus in unserem Lande, für die Entwicklung aller sozialistischen Länder und für den Kampf um die Unabhängigkeit der Völker zu schaffen."

Andropow:

"Friedliche Koexistenz ist eine Form des Klassenkampfes. Sie beinhaltet einen erbitterten und hartnäckigen Kampf an allen Fronten, der wirtschaftlichen, der politischen und der ideologischen."

Altstalinisten wieder da

Drei engere Mitarbeiter Stalins, seine "Erben", der frühere Generalsekretär der KPDSU Gregori Malenکو (84), der frühere Präsident des Präsidiums des Obersten Sowjets, Nikolai Bulganin (1975 verstorben) und das frühere Politbüromitglied Lazar Kaganowitsch (93) - der letzte Jude in der Sowjetführung - wurden vom Parteiorgan "Prawda" rehabilitiert. Die Zeitung bezeichnete in einem Artikel im Juli alle drei vom damali-

gen KP-Chef Nikita Chruschtschow 1957 aus dem Politbüro ausgeschlossenen Politiker als "eminente Führer" der Arbeiterklasse und der Partei. Schon einige Wochen zuvor wurde der frühere Ministerpräsident und langjährige Aussenminister Wjatscheslaw Molotow (96) rehabilitiert und ein positives Interview mit ihm in der Wochenzeitschrift "Moscow News" veröffentlicht. Er gehört sogar wieder offiziell der KPDSU an.

LITAUEN

"Daukantas"
aktuelles historisches Theater-
stück aus einer vernachlässigten Literatur

von Algirdas Landsbergis

Das moderne Theater wird von der Nichtexistenz verfolgt: die "Antimaterie" von Pinters Pausen, die schweigende Leere, in die sich Becketts Stücke auflösen. Nichtexistenz ist auch ein wesentliches Thema in einem wichtigen historischen Stück, das Anfang dieses Jahres in Litauen Premiere gefeiert hatte - "Daukantas" von Justinas Marcinkevicius. Dieses Stück sollte allerdings entweder als "prämodern" oder als "postmodern" eingeordnet werden, denn es bejaht leidenschaftlich das kollektive (nationale) Bewusstsein und die Bedeutung der geschichtlichen Erinnerung.

Der Protagonist des Stückes, Simanas Daukantas (1793-1864), nimmt im Gedächtnis des litauischen Volkes einen ganz besonderen Platz ein. Er ist der erste litauische Historiker und Geschichtsphilosoph - Funktionen, die bis dahin von Fremden, vor allem Polen, ausgeübt wurden. Für die meisten seiner Zeitgenossen war dieses einsame Individuum eine Art "Don Quijote", (der den damals unvermeidlich erscheinenden Tod des litauischen Geschichtsbewusstseins nicht akzeptieren wollte. Armut und Lächerlichkeit erdulnd machte er sich mit einzigartiger Entschlossenheit daran, die kollektive Erinnerung seiner Nation wieder aufzurichten und schuf die Legende eines idealisierten urzeitlichen Litauens. Was zu seinen Lebzeiten ein absurdes Bemühen schien, war bald von Erfolg gekrönt, wie die Existenz und Wirkung des Stückes von Marcinkevicius beweisen. Indem er die Geschichte rühmt, transzendierte er sie und wurde zu einer mystischen Figur, zu einem Herkules, der der Nacht der Nichtexistenz das Dasein, dem Meer des Vergessens die Erinnerung entreisst.

Der Autor des Stückes ist in vielerlei Hinsicht eine ebenso komplexe Figur wie sein Protagonist. Als populärer und von der Kritik gerühmter Dichter ist er auch eine bedeutende Figur der kulturellen Nomenklatura. Sein "Daukantas" ist das vierte in einer Reihe von historischen Stücken - "Mindaugas", "Katedra" (Die Kathedrale) und "Mazvydas" - von denen sich jedes mit einer entscheidenden Periode in der litau-

ischen Geschichte beschäftigt. Das Hamlet-Motiv, "To be or not to be", kehrt in jedem dieser Stücke wie ein Echo wieder, wie dies übrigens auch in vielen Gedichten von Marcinkevicius der Fall ist.

"Daukantas" beginnt mit einer Prozession makaber schrovetischer Karnevalfiguren, darauf folgt eine brechtische Sequenz von Auszügen aus Dokumenten, die die Unterdrückung der Bauern aufzeichnen. Die Stimme der Geschichte ertönt als endlose Klage unterdrückter Menschen. Und als Daukantas, ein blutbesetztes, geschlagenes Opfer, zum erstenmal auf die Bühne taumelt, scheint es als brähe er aus dem Alptraum der Geschichte selbst herein.

Aus dem Dunkel zum Licht - das ist die Richtung von allen historischen Stücken von Marcinkevicius. Daukantas sieht sich selbst aus einem schrecklichen Abgrund zum blauen Himmel hinaufklettern, und in direkter Anspielung auf Platos Höhle erklärt er (und mit ihm der Autor des Stückes) es als seine Pflicht, seinen Landsleuten zu helfen, dass sie aus dem Dunkel der Unwissenheit zum Licht des Bewusstseins, das mit dem geschichtlichen Gedächtnis gleichgesetzt wird, aufsteigen. Er vergleicht die Geschichte Litauens mit einer Märchenprinzessin, die "verschlossen hinter sieben Siegeln auf jene wartet, die sie befreien". Während Hamlet seine Aufgabe, die Welt zu richten, die "aus den Fugen" ist, verfluchte, beschreibt Daukantas sich als den "Arzt der Nation" und sagt: "Und was die Zeitalter verdorben haben, das ist es Zeit zu richten."

Gegen Ende des Stückes beginnt Daukantas, heimatlos und ohne einen Pfennig, im Angesicht der Niederwerfung der polnisch-litauischen Revolution von 1863, der Verzweiflung zu verfallen. "Gibt es da irgendeinen Sinn?" - fragt er. Vielleicht ist die "Nation" selbst ein von der Zeit überholtes Konzept? (Sowohl die zaristischen als auch die zeitgenössischen Wächter des Imperiums würden diese Frage mit einem freudigen "Ja" beantworten - für sie beide ist es das Schicksal kleinerer Nationen wie Litauen, in dem majestätisch messia-

nischen Reich aufzugehen.) In einer Schlüsselszene des Stückes bietet ein hoher zaristischer Beamter in St. Petersburg dem kranken und alt werdenden Daukantas eine besser bezahlte Stellung in einem neuen Ort an. Daukantas lehnt höflich ab und sagt, er wolle nahe bei den Archiven bleiben, in denen die historischen Dokumente Litauens aufbewahrt werden. Der Beamte erwidert:

"Meinen Sie die Akten der westlichen Provinzen des russischen Reichs? Litauen existiert nicht, Herr Assessor. Sie glauben also, Sie werden eine Geschichte erschaffen? Aus diesen Krümeln? Wer braucht sie? Wer wartet darauf? Ich rate Ihnen: Begraben Sie, was schon gestorben ist."

Litauer haben in ihrer ganzen Geschichte dieses Argument zu hören bekommen. Die Preussen oder Pruzzen, ein verwandtes baltisches Volk, wurde von den Deutschen Ordensrittern ausgelöscht; seit 1945 sind sogar die überlebenden alten Namen ihrer Städte und Flüsse von der Landkarte verschwunden. Der sowjetische Aussenminister Molotow benutzte fast die gleiche Sprache wie Marcinkevicius zaristischer Beamter, als er 1940 dem Vizepremierminister der litauischen Interimregierung, dem bekannten Schriftsteller Krévé-Mickevicius sagte, dass die Einverleibung von Litauen durch Russland eine "historische Unvermeidbarkeit" sei. Nachdem die deutschen Truppen im Jahr darauf Litauen besetzt hatten, erinnere ich mich in der SS-Zeitschrift "Das Schwarze Korps" gelesen zu haben, dass das Schicksal Litauens an das eines Wassertropfens erinnere, der auf einen heissen Stein falle.

Heute existiert die litauische Geschichte als unabhängiger Unterrichtsstoff in den litauischen Schulen nicht. Der erste litauische historische Roman, "Algimantas" von Vincas Pietaris, bleibt wegen kritischer Bezugnahme auf die Russen verboten. Historische Gedenktage, wie im nächsten Jahr die Erinnerung an die 600 Jahre des Christentums, werden von oben behindert oder verboten.

Aus alledem wird deutlich, dass "Daukantas" nicht ein Stück über das 19. Jahrhundert, sondern über heute ist. Wenn Daukantas ganz am Ende des Stückes ausruft "Die Geschichte gehört uns!" Dann gibt er einer tiefen kollektiven Sehnsucht Ausdruck. Sein Ausruf ist eine unmittelbare Herausforderung an die Machthaber und Hohepriester der Ideologie, die

bestimmen, was die geschichtliche Wahrheit ist. "Nein, die Geschichte gehört uns", antworten sie. "Du darfst nur dann darüber schreiben, wenn du weiterhin unsere geheiligten Formeln wiederholst und unsere Kosmologie akzeptierst."

Die Spannung zwischen diesen beiden unversöhnlichen Richtungen ist bei jeder Aufführung von "Daukantas" fühlbar. Eine Bühne, auf der solche historischen Stücke aufgeführt werden, unterscheidet sich von den Bühnen Westeuropas oder der Vereinigten Staaten. Sie ist nicht nur einfach ein Ort der Unterhaltung, Belehrung oder des Experiments, sondern eine besondere Arena, in der der Kampf um die nationale Erinnerung ausgetragen wird, in der die verbannten Archetypen wiedereingeführt und die Tabus getestet und angetastet werden. Patrioten, Widerstrebende, Beamte des Regimes, Spitzel und Informanten, sie alle sitzen im Auditorium und nehmen zusammen an dem Ritual teil. Das Auditorium und darüber hinaus die Stadt und das ganze Land werden zu einem Teil der Bühne und des Stückes. Produktionen wie die von "Daukantas" sind vielleicht die nächsten Annäherungen in Europa an die geheiligten Feste von Bali, die die ganze Insel einbeziehen, oder der Ramlila von Ramnagar in Indien, ein Schauspiel, das die ganze Bevölkerung beeinflusst und eine dauernde Wirkung auf das Leben eines jeden Menschen hat.

Es ist nicht leicht, sich den "Daukantas" auf einer deutschen, französischen oder amerikanischen Bühne vorzustellen. Sogar in einer guten Übersetzung würde das Stück unmodern, vorbrechtisch und exotisch erscheinen mit seinem leidenschaftlichen Engagement und seinem romantischen Glauben, dass die Nationen Seelen haben, die gerettet werden müssen. Auch fehlte es an Sex, modischem Radikalismus der schicken Verzweiflung. Und doch würde man dasselbe Stück in Lettland, Estland oder Finnland, in Polen, Ungarn oder in der Tschechoslowakei, in Bulgarien oder Rumänien, sofort verstehen und gefühlsmässig reagieren. Das kommt daher, dass "Daukantas" eine dieser vernachlässigten Literaturen und Nationen, die fast schon ausgelöscht waren und von der Nichtexistenz bedroht sind, gemeinsame Sprache spricht; weil es die Erinnerung an Kosovo und an den Weissen Berg, an Mickiewicz 1831 und Petöfi 1848, an Ausschwitz und Workuta wachrufen würde; weil Stücke wie "Daukantas" Teil ihres

gemeinsamen Kampfes sind - des Kampfes, um mit Milan Kundera zu sprechen, der Erinnerung gegen das Vergessen.

CSSR

"Vorwärts - das heisst zurück"

Ehemaliges KPC-Mitglied über die geistige Entwicklung der Tschechoslowakei

von Vladimír Pilman

"Jeder unabhängige Intellektuelle in der Tschechoslowakei steht vor der Aufgabe an der Erneuerung 'bourgeoiser' demokratischer Grundwerte zu arbeiten. Im Namen des Weges vorwärts, muss er sich zurück begeben. Er muss sich früher oder später offen als 'Reaktionär' bekennen, der sich bewusst für bereits einmal eingeführte Werte und Rechtsprozedere einsetzt... Aufgrund der erlebten politischen Erfahrungen und im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen der Jahre 1980-81, (Anm. 1. Red.) ist es offensichtlich, dass die Rückkehr und der Hang zum natürlichen Konservatismus im Fühlen, Denken und Handeln eine entscheidende Tendenz im Benehmen aller anständiger Menschen, inklusive einiger Kommunisten, geworden ist."

Dieses Zitat stammt aus seiner Arbeit eines ehemaligen KPC-Mitglieds, die unter dem Pseudonym Jan Tomek in der jüngsten Nummer der konservativen philosophisch-literarischen Exil-Revue "Rozmluvy" ("Gespräche") erschienen ist*. Der Autor, der offensichtlich aus dem Kreis der enttäuschten Reformer des Prager Frühlings stammt, analysiert in seinem Beitrag "das kulturelle, soziale und geistige Klima" der CSSR.

Sind verschiedene Feststellungen auch nicht neu, so konstatiert Tomek den geistigen und moralischen Zerfall

Algirdas Landsbergis, litauischer Schriftsteller, Dramatiker, Mitglied des PEN Klubs, Professor der Geschichte an der Fairleigh Dickinson Universität, USA.

der Gesellschaft, sind seine Beschreibungen der tschechoslowakischen Realität durchaus anschaulich: Tomek spricht etwa von einem "unsichtbaren, aber alles durchdringenden Bürgerkrieg" auf der Ebene des Geistes, der in "jeder Schule, in jedem Krankenhaus, in jedem Geschäft, in jedem Amt, überall dort stattfindet, wo es zum menschlichen Kontakt von Angesicht zu Angesicht kommt, und wo sich die Kraft des ethischen Standpunktes jedes einzelnen Menschen zeigt". Tomek beschreibt den tagtäglichen Kampf des Bürgers um persönliche Integrität, die auch in den alltäglichsten Situationen bewiesen werden müsse.

Situation der Reform-Kommunisten

Nachdem Tausende von Kommunisten in den Siebziger Jahren aus den führenden Positionen entfernt und nicht wenige für ihr Engagement in der 68er-Reformbewegung mit Freiheitsentzug bestraft wurden, beschreibt Tomek eindrücklich die verlorene Situation des gesellschaftlichen Schockzustandes, welchen diese an die Errichtung des "wahren Sozialismus" noch glaubende Schicht erfahren hatte. Mit ihr hatten sich die neuen Herren auf der Prager Burg offensichtlich eine machterhaltende Schicht von sozialistischen Intellektuellen zerstört. So schreibt Tomek offenbar aus eigener Erfahrung: "Das Gefühl der Ungerechtigkeit und Rechtlosigkeit, der 1969 betroffenen, aus der Partei und dem öffentlichen Leben ausgeschlossenen Politikern, Schriftstellern, Wissenschaft-

lern und Hunderttausenden von anderen, war für die Mehrheit der Nation nichts Neues. Die bewährten Stereotypen der Kaderprüfungen und unendlicher Schikanen waren im Bewusstsein der Bürger allein um die Dimension der Genugtuung erweitert worden, dass auch ehemalige Kommunisten mal ganz schön dran kommen können".

Prager Frühling - überschätzt?

Die Reaktion der von Moskaus Gnaden neu eingesetzten Macht in Prag hatte offenbar im Gegensatz zu Kadar in Ungarn 1956 die Situation falsch eingeschätzt. Tomek meint sogar, sie hätte den Prager Frühling und deren Auswirkungen auf das Volk überschätzt. Jene Schichten, welche sich seit dem Jahre 1945 mit dem blossen Überleben beschäftigen - nach Einschätzung des Autors die Mehrheit der Tschechen und Slowaken - seien von den Reformideen nicht in ihrer Tiefe erfasst worden. Zwar sei ihnen "das optimistische Geschrei des Jahres 1968" sympathisch gewesen, aber der Raum - und wohl auch die Zeitspanne - waren "zu eng gewesen, um diesen breiten Schichten die Rückkehr ins Gebiet des Rechts, der Kultur, geschweige denn der Politik oder Wirtschaft zu ermöglichen."

Aufnahme der Reformkommunisten

Ihrer Macht und sozialen Stellung beraubt, sahen sich die Reformkommunisten in einem gesellschaftlichen Vakuum, aber auch ihre Umgebung sei laut Tomek einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt gewesen. Es hiess nun, "Menschen unter sich aufzunehmen, welche Opfer eines Systems wurden, das sie selbst eingeführt haben."

Tomek sieht diese Integration als vollzogen an, die Zusammensetzung der Bürgerrechts-

bewegung "Charta 77" deutet dies ebenso an. In welchem Masse die ehemaligen Kommunisten tatsächlich in die übrige Gesellschaft integriert wurden, ist kaum abzuschätzen. Interessant ist jedoch die Tatsache, dass sie zumindest teilweise integriert werden mussten. Tomek bestätigt damit indirekt die Tatsache, dass die kommunistische Nomenklatura eine Kaste für sich bildet, und dass die aus ihr Ausgestossenen sich in der übrigen Gesellschaft der Rechtlosen orientieren und integrieren müssen. Die Beobachtung Tomeks, dass die "totalitären Praktiken des Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung" nun "endgültig entmystifiziert" wurde, trifft wohl eher auf diese mindestens zum Teil integrierte Schicht der Reform-Kommunisten zu, als auf "das Volk", von dem er es zu beobachten glaubt. Die Entmystifizierung geschah lange vor 1968 und die Zahl jener, die im "optimistischen Geschrei des Jahres 1968" vorsichtig lavierten und sich jene berühmte Hintertüre offenliessen, entspricht wohl jenen breiten Schichten Tomeks, die seit 1945 "mit dem blossen Überleben beschäftigt" sind.

Aufbruch der politischen "Rechten"

In der heutigen Situation sieht der ehemalige Kommunist, dass sich immer mehr unabhängige Intellektuelle zu Wort melden, deren geistige Suche sich an der politischen Stellung der "Mitte" und der "Rechten" orientiere. "Sie beginnen mit einer theoretischen Arbeit an der Konzeption der Lösung der schwerwiegendsten Probleme des Landes. Dies ist vor allem die Erneuerung des politischen Konsensus über menschliche Grundwerte..."

* "Rozmluvy", Nr. 6/London 1986, S. 99-104, 18, church hill, Purley, Surrey CR23QN, Great Britain

OSTNACHRICHTEN

Impressum:

Offenlegung gem. §23 des Mediengesetzes
Herausgeber, Verleger und Chefredakteur Algis Klimaitis.

Redakteure:

Dr. Edith Dürrer-Worobjoff
Veronika Klimaitis
Mag. Jiri Nemec
Vladimir Pilman
Stefan Tabakoff

Unternehmensgegenstand: Mit Osnachrichten sollen Nachrichten, Analysen und Kommentare aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft aus der Sicht von Journalisten, die aus Mittel- und Osteuropa stammen, übermittelt werden.

Grundsätzliche Richtung: Unabhängig und überparteilich. Für eine Förderung der Zusammenarbeit der demokratisch-pluralistischen Bewegungen Mittel- und Osteuropas sowie deren Exponenten im Exil.

P.b.b.
Verlagspostamt 1130 Wien/ Erscheinungsort
Wien

Öster. Nationalbibliothek
Zeitschriftenabt.
Josefsplatz 1
A-1015 Wien

Bei Nichtzustellung zurücksenden an
Osnachrichten, 1173 Wien, Postfach 5